

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Leipzig, Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postkonton: Dresden 184
Strolche Riesa Nr. 52.

Nr. 185.

Mittwoch, 11. August 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintrittens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Karges für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschriftgröße (8 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Restamteile 100 Gold-Pfennige; setzrauber und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Demüthiger Rabatt erwirkt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant bezahlt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nichtigkeitsunterhaltungsbeitrag: „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 52. Verantwortlich für Redaktion: L. S. H. Teichgraber, Riesa. Für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Arbeitsmarkt und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Wer erwartet hat, daß die Finanzmaßnahmen der Reichsregierung im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung sofort günstige Wirkungen auf die Lage des deutschen Arbeitsmarktes zeitigen würde, muß sich notwendigerweise in seinen Erwartungen getäuscht sehen. Die Finanzmaßnahmen erfordern Kapitalien, die in die Wirtschaft gehen und die nicht vom Reich allein aufgebracht werden können und sollen; alle an den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen interessierten Länder, Gemeinden, Industrieverbände usw. müssen zu der Finanzierung des gigantischen Arbeitsbeschaffungsprogramms mitarbeiten. Da gilt es Schwierigkeiten zu überwinden, die sich nicht von heute auf morgen überwinden lassen. Reich und Länder sind unter dem Beifall und unter der Unterstützung der großen deutschen Öffentlichkeit ans Werk gegangen. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist zu einer wahrhaft nationalen Angelegenheit geworden. Aber man darf nicht ungeduldig werden. Denn die Größe des Programms und seine nationale Bedeutung erfordern reifliche Ueberlegung und sorgfältige Vorarbeiten.

Im Kritik an den Finanzmaßnahmen der Reichsregierung hat es nicht gefehlt. Sie sind hauptsächlich von Berufsverbänden, von Ländern und Gemeinden aus, die sich benachteiligt und übergangen fühlen. Auch sachliche Kritik an der Art der Arbeiten, an ihrer Wichtigkeit, ihrer Zweckmäßigkeit usw. wurde geübt. Das ist nicht mangelhaft, alle Wünsche, die nicht immer unter vollwertigen Gesichtspunkten geklärt werden, zu berücksichtigen, liegt in der Natur der Sache. Es kommt bei den Finanzmaßnahmen aber durchaus nicht auf Sonderwünsche und nicht in erster Linie auf die sofortige Verwirklichung dieser Arbeiten an, sondern darauf, daß den Arbeitslosen überhaupt Beschäftigung und Erwerbsmöglichkeiten verschafft werden. Das aber wird sicher — wenn vielleicht auch nur zum Teil — durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung erreicht.

Eine wirkliche Lösung der Arbeitslosenfrage ist natürlich nicht durch künstliche Mittel möglich; nur durch Bekämpfung der Wirtschaftslage. Anzeichen für eine Besserung der Konjunktur fehlen nicht, obwohl die Verteuerung der Wirtschaftsverhältnisse sich zu engen Grenzen hält, daß von dieser Seite her eine Besserung der Arbeitsmarktlage nicht zu erwarten ist. Die Produktion in den deutschen Schlüsselindustrien ist gegenüber dem Vorjahre gestiegen, und auch der Inlandsabsatz, der allerdings die Höhe des Vorjahres noch nicht erreicht hat, ist seit Beginn dieses Jahres in stetigem Steigen begriffen. Nebenbei liegt es in fast allen deutschen Industrien. Man darf aber nicht vergessen, daß das zu einem großen Teil, wenn nicht hauptsächlich, die Wirkung des englischen Rohstoffpreises ist, also aller Wahrscheinlichkeit nach nur eine kurze Dauer haben wird. Trotz dieser vorübergehenden Besserung der Erzeugung und des Absatzes in Deutschland hat sich die Zahl der Arbeitslosen in einigen Industriezweigen vergrößert, in anderen um geringe Höhen erhöht. Im allgemeinen ist der Arbeitsmarkt dadurch nicht beeinflusst worden. Das ist ein Zeichen dafür, daß die deutsche Industrie auch bei steigender Erzeugung ihre Arbeiterzahl nicht zu erhöhen braucht. Unter diesen Umständen kann selbstverständlich nicht daran gedacht werden, in absehbarer Zeit große Arbeitermengen ohne Vermittlung der Reichsregierung und vor allem ohne ihre finanzielle Unterstützung in der deutschen Industrie unterzubringen. Auch eine Konjunkturbesserung scheint daran nicht allzu viel ändern zu können, es sei denn, daß die handelspolitische Lage Deutschlands sich wesentlich zu unseren Gunsten verändert. Das kann man für wahrscheinlich halten, nachdem eben erst der deutsch-französische Handelsvertrag unterzeichnet worden ist und auch die Verhandlungen mit anderen Staaten einen nicht ungünstigen Ausgang erwarten lassen. Wenn es möglich wäre, die deutsche Industrie 100 Prozentig zu beschäftigen, so würde es vielleicht gelingen, dem Meer der Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen, obwohl auch dann noch zweifelhaft ist, daß für zwei Millionen Arbeitslose Raum in der deutschen Industrie ist. Ein großer Teil wird sicherlich, wie das Programm der Reichsregierung es bereits vorsieht, in der Landwirtschaft übernommen werden müssen. Hier bietet sich allerdings ein weites Feld für die Bekämpfung der Arbeitslosenfrage.

Schluss der Voruntersuchung über die Fememorde.

Die Voruntersuchung in den Fememordangelegenheiten Leutnant Sand, Feldwebel Wilms und Wachtmeister Wegner ist nunmehr einer Berliner Korrespondenz zufolge endgültig geschlossen. Die Akten sind der Staatsanwaltschaft zugewiesen worden. Die Angeklagten sind Oberleutnant Schulz, Feldwebel Klapproth, Oberleutnant Jahnmann, Leutnant von Sofer, Oberleutnant Stautien, Hauptmann Galknecht, Feldwebel Humbroder und Feldwebel Boh, die sich größtenteils in Haft befinden.

Hochbetrieb in der Wilhelmstraße.

Ungewöhnliche französische Saisone.

Gestern vormittag ist der Reichskanzler von seiner Urlaubreise wieder in Berlin eingetroffen. Zur Begrüßung Dr. Marx hatte sich der Reichspressesekretär Dr. Aep an dem Bahnhof eingefunden. Die Herren begaben sich sofort ins Reichskanzlerpalais. Nach einer kurzen Mittagspause fand dann eine Besprechung des Kanzlers mit dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann über die schwebenden außenpolitischen Fragen statt. Der Konferenz wohnten auch der Staatssekretär im Auswärtigen Amt von Schubert und der zu kurzem Aufenthalt in Berlin eingetroffene Reichskommissar bei der Rheinlandkommission in Koblenz, Freiherr Langewerth von Simmern, bei. Staatssekretär von Schubert machte längere Ausführungen über den Stand der Besatzungsverhandlungen mit der französischen Regierung, denen übrigens ein aktiver Bericht in Berlin eingetroffener Bericht des deutschen Botschafters in Paris, von Doehle, zugrunde lag.

Während eine amtliche Mitteilung über den Gegenstand und das Ergebnis dieser Besprechungen nicht ausgeben wurde, hören wir von diplomatischer Seite, daß auf Grund der jüngsten Verhandlungen mit der Rheinlandkommission und namentlich mit der französischen Regierung eine Lösung in der Frage des Umfangs der zu erwartenden Besatzungsleistungen und des Abbaus der Besatzungstruppen noch nicht zu verzeichnen ist. Es heißt ferner, daß die französische Regierung eine Verminderung der Besatzungstruppen um zunächst drei Regimenter in Aussicht gestellt hat. Dieses „Angebot“ der Pariser Regierung ist auf jeden Fall ungenügend. Sollte sich ein Abbau der Besatzungstruppen in dem in der bekannten Note der Botschafterkonferenz vom 14. November vorigen Jahres vorgeschlagenen Umfang nicht schon im Laufe dieses Monats geltend machen, so würde, nach Auffassung unrichtiger Kreise, der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund in Frage gestellt werden können. Die Situation ist jedenfalls wieder äußerst kritisch.

Auch bezüglich der Frage der Intelligenz eines Reiches an Polen und Spanien ist eine Entscheidung der Lage zu verzeichnen. Nach glaubwürdigen Informationen soll die britische Regierung in Erwägung stehen, Spanien unter Umständen einen ständigen Ratshilf auszubilden, wenn sich andererseits mit Polen eine Verständigung erreichen ließe. Die Aussicht, daß das Warschauer Kabinett sich entgegenkommend zeigen werde, sind jedoch auf Grund der jüngsten Erklärungen der Warschauer Regierungskreise außerordentlich gering. Die französische Regierung scheint sich nunmehr ins Mittel gefast zu haben, denn sie verhandelt gegenwärtig eifrig mit dem Madrider Kabinett. Es handelt sich bei diesen Besprechungen offensichtlich darum, der spanischen Regierung Konzessionen wirtschaftlicher Art und Zugeständnisse auf kolonialen Gebieten zu machen, wenn man in Madrid die bindende Zusage gibt, sich zunächst mit einem nichtständigen Ratshilf einverstanden zu erklären. Der rege Meinungsaustausch zwischen London, Paris, Madrid und Warschau beschäftigt nach der Auffassung der Berliner Regierungskreise, daß der erneute Zusammentritt der Ratkommission schon im gegenwärtigen Zeitpunkt sich

Genfer Vorkonferenz der Kleinen Entente.

Nach einer Mitteilung der D.M.S. aus Bukarest, wird Außenminister Mitiulescu am 26. August nach Genf abreisen, um an einer Vorberatung mit den anderen beiden Außenministern der Kleinen Entente teilzunehmen. Gegenstand der Beratung wird die Vertretung der Kleinen Entente im Völkerbundrat und die Stellungnahme zur bulgarischen Völkerbundanteile sein.

Der Wertungsunterschied zwischen Militär- und Zivillugungen.

Wie die D.M.S. aus Genf meldet, behandelte am Dienstag das Unter Komitee für die Luftfahrt die Frage 6 weiter. Hier stehen die Franzosen auf dem Standpunkt, es gäbe keinen militärischen Wertungsunterschied zwischen Militär- und Zivillugungen aller Art. Abgesehen von der Einrichtung und Belastung seien sie auf den gleichen Grundrissen aufgebaut und so sei es gegenwärtig unmöglich, zwischen ihnen einen Unterschied zu machen, was sich auch auf die Erfahrung und Qualifikation beziehe. In diesem Sinne brachten sie auch einen Antrag ein, der von einem englisch-deutsch-französischen Redaktionskomitee billigt ist. Die Annahme des französischen Antrages erfolgte mit 15 Stimmen gegen 2 Enthaltungen. Dem deutschen Standpunkt näherten sich am meisten die Holländer, Schweden und Amerikaner.

Südamerika und die Völkerbundversammlung.

Zur nächsten Völkerbundversammlung werden aus Südamerika voraussichtlich ebenso viele Delegierte eintreffen wie zu den Versammlungen im September 1925 und März 1926, wo 12 südamerikanische Staaten vertreten waren. Mehrere Staaten haben ihre Delegierten bereits benannt, während andere sie in nächster Zeit ernennen werden. In Bezug auf Argentinien ist zu sagen, daß der Staatspräsident

als überflüssig erweist, weil anscheinend noch gar keine Grundlage über eine Einigung in der Ratstrage geschaffen ist. Die Reichsregierung erwartet unter allen Umständen eine Einladung des Sekretariats des Völkerbundes zu einer Beteiligung an den neuen Beratungen der Ständigen Kommission nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Der Reichsaußenminister wird sich keinesfalls auf neue Verhandlungen während seiner Anwesenheit in Genf über die Ratstrage einlassen.

Broddorf bei Stresemann.

Der deutsche Botschafter in Moskau, Graf Broddorf-Rankau, ist in Berlin eingetroffen und hatte gestern vormittag eine längere Besprechung mit dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann. Der Reise des deutschen Botschafters nach Berlin kommt im Hinblick auf den zu erwartenden Eintritt Deutschlands in den Völkerbund hohe politische Bedeutung bei. Die Sowjetregierung sieht dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund mit großer Nervosität entgegen und befürchtet eine Neuorientierung der deutschen Außenpolitik. Die in letzter Zeit zutage getretenen Beziehungen einer deutsch-französischen Verständigung auf zunächst wirtschaftlichem Gebiet sind in Moskau mit großer Aufmerksamkeit verfolgt worden. In Moskau hat man allem Anschein nach Bedenken dahingehend, daß eine deutsch-französische Verständigungspolitik zu einer Isolierung Sowjetrusslands führen könne. Es sei in diesem Zusammenhang auch auf die ruhmlosende Stimmung in England hinzuweisen. Wie wir von maßgebender Seite hören, legt man dort nochmals Wert auf die Festhaltung, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund keine Veränderung in der deutschen Politik gegenüber Rußland mit sich bringen werde. Die Reichsregierung wünscht die freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland auch weiterhin aufrecht zu erhalten und erhebt, als Beweis ihrer friedlichen Einstellung zu der Sowjetregierung den baldigen Abschluß eines Schiedsvertrages mit der Sowjetregierung. Ein derartiger Schiedsvertrag ist bereits anlässlich des Abschlusses des sogenannten „Berliner Vertrages“ vorgelesen worden. Wie wir erfahren, wurde im Verlaufe der gestrigen Besprechung des Reichsaußenministers mit dem Grafen Broddorf-Rankau diese Angelegenheit gleichfalls erörtert. Im Auswärtigen Amt hat man jedenfalls die Vorbereitungen für die Aufnahme derartiger Verhandlungen mit der Sowjetregierung schon seit langem getroffen. Sobald die Völkerbundangelegenheit ihre Erledigung gefunden haben wird, dürften die Schiedsvertragsverhandlungen mit Rußland in die Wege geleitet werden.

Das diplomatische Korps zum Gartenfest beim Reichs- präsidenten.

Der Reichspräsident empfing gestern nachmittag im Garten seines Hauses die Mitglieder des diplomatischen Korps mit ihren Damen zum Tee. An dem Empfang nahmen auch der Reichskanzler, der Reichsminister des Auswärtigen, der Reichspräsident sowie die Abteilungsleiter des Auswärtigen Amtes mit ihren Damen teil.

Dänemark unterzeichnete das Waffenabkommen.

Der dänische Botschafter in Bern hat im Generalsekretariat des Völkerbundes das Abkommen über die internationale Kontrolle des Handels mit Waffen, Munition und Kriegsmaterial vom 17. Juni 1925 sowie die Schlussakte zu diesem Abkommen im Namen seiner Regierung unterzeichnet.

Neue Kommunistentravale im Berliner Norden.

Gestern abend gegen 7 1/2 Uhr veranstaltete die Kommunistische Partei einen Umzug durch die Wedding-Gegend. In der Wagtrage wurden mehrere Beamte der Schutzpolizei von Kommunisten belästigt und zum Teil tätlich angegriffen. Die Beamten machten von ihrem Gummiknüppel Gebrauch und gaben, als sich die Kommunisten auf sie stürzten, aus ihren Karabinern Schreidüsse ab. Fünf Personen wurden festgehalten und dem Polizeipräsidium vorgeführt. Der Demonstrationsumzug wurde aufgelöst. Auch am Kaiser-Wilhelm-Platz in Schöneberg kam es zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Schutzpolizei. Erst durch Hingabegabe weiterer Beamten konnte die Ruhe wiederhergestellt werden.

Allen voran: Radeberger Pilsner! das bevorzugte erste deutsche Pilsner. Vertreter: Rich. Schwabe
Kross a. Elbe. Formel 48.